

In der Beantwortung der Anfrage wird ausschließlich die Sicht des Geschäftsbereiches Planen, Bauen und Straßenverkehr dargestellt.

Ich frage:

- 1. Werden die übrigen, mit der Antwort nicht erfassten Nachteile, einer Betrachtung unterzogen und wird für diese Nachteile ein Nachteilsausgleich angestrebt?**
- 2. Gab es hierzu Gespräche, Anträge, Schreiben etc. an die Landes- bzw. Bundesregierung und an das Bundesministerium für Verteidigung mit dieser Zielsetzung?**

### **Antwort der Verwaltung:**

#### **Zu 1.**

Die Festlegung des Bundesministeriums der Verteidigung, Standorte zu schließen, bringt der Stadt Halle (Saale) erhebliche wirtschaftliche Nachteile, die im Prozess der Entscheidung zur Schließung der Dr.-Dorothea-Erxleben Kaserne gegenüber dem Bundesverteidigungsministerium immer wieder angefordert wurden.

Nach aktueller Recherche bei der Standortverwaltung Weißenfels ist die momentane Belegungsstärke der Kaserne in Lettin:

#### **Militärisch: ca 600 Soldaten**

- Aufwuchs gegenüber 2004 durch Zivil- und militärische Aus- und Weiterbildung
- Ab 2005 Reduzierung um 75 Mann/Halbjahr

#### **Zivil: ca. 65 Arbeitnehmer**

- Reduzierung durch Altersteilzeit, Rente und Umsetzung, nicht durch Arbeitslosigkeit

113 Zulieferfirmen der Kaserne sind derzeit noch gebunden.

Teilbereich Ver- und Entsorgung	- Anzahl der Firmen: 3, davon aus Halle: 2
Teilbereich Verpflegung	- Anzahl der Firmen: 10, davon aus Halle: 0
Teilbereich Beschaffung	- Anzahl der Firmen: 99, davon aus Halle: 85

Die Standortschließung hat somit Einfluss auf Faktoren, wie

- den Verlust von Aufträgen, speziell für Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen
- den Kaufkraftverlust durch Verlust der Wertschöpfungsbasis durch Gehälter der Soldaten und Zivilbeschäftigte
- den Verlust an Ausbildungsplätzen durch die Bundeswehr
- Verlust der Präsenz der Bundeswehr am Standort.

Selbstverständlich gibt es Überlegungen, einen Nachteilsausgleich vom Bund einzufordern. Eine Nachteilquantifizierung wird derzeit erarbeitet. Schon jetzt kann aber festgestellt werden, dass nach Vergleichskostenbetrachtungen für einen anderen Standort in Sachsen in Halle ein Betrag von ca. 12 bis 15 Mio. Euro dem regionalen Wohlstand entzogen werden würde. Eine alternative Investition zur Kompensation der Aufgabe des Standortes Halle (Saale) – etwa als privates Unternehmen – müsste Beschäftigung für ca. 350 bis 450 Personen in dauerhafter Anstellung bringen und Ausgaben in die Region von 3 bis 4 Mio. Euro tätigen.

**Zu 2.**

Zum Erhalt des Standortes in Halle (Saale) und der Region sind durch die Verwaltung die unterschiedlichsten Aktivitäten unternommen worden, immer mit dem Ziel, den Bundeswehrstandort für Halle (Saale) zu sichern. Auch in Umsetzung eines Beschlusses des Stadtrates von September 2000 hat sich die Oberbürgermeisterin in mehreren Schreiben wiederholt bis zu den abschließenden Entscheidungen an das Bundesverteidigungsministerium, an den Ministerpräsidenten und den Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt sowie weitere Ebenen innerhalb der Bundeswehr gewandt, wobei leider kein Ergebnis erzielt werden konnte. Über die Aktivitäten der Verwaltungsspitze wurde mehrfach im Hauptausschuss und im Stadtrat berichtet.

gez. Ingrid Häußler  
Oberbürgermeisterin

**Die Antwort der Verwaltung wurde ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.**